

Zusammenfassung der VOX-Analyse September 2024: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 22. September 2024

Zweimal Nein an der Abstimmung am 22. September 2024, aber aus zwei unterschiedlichen Gründen: einmal lag es am gering wahrgenommenen Problemdruck und einmal an Zweifeln an der Lösung des Problems. Die Biodiversitätsinitiative schaffte es nicht, einen genügend grossen Problemdruck zu erzeugen, damit die Notwendigkeit einer Annahme der Vorlage eine Mehrheit überzeugen konnte. Nein-Stimmende, die sich politisch oft Mitte-Rechts verorten liessen, waren überzeugt, dass Bund und Kantone bereits genügend für die Biodiversität leisten und der Druck auf die inländische Landwirtschaft zu gross werden würde. Bei der Reform der beruflichen Vorsorge war ein zentrales Ziel, dass mit der Reform die Situation von Geringverdienenden verbessert werden würde, höchst umstritten. Während Ja-Stimmende das vorgeschlagene Vorgehen und die Massnahmen der Reform solidarisch und gerecht fanden, waren Nein-Stimmende gegenteiliger Meinung. Ja- und Nein-Stimmende waren sich aber einig, dass die Verbesserung der Situation von Geringverdienenden ein wichtiges Problem ist. Aber die klare Mehrheit der Stimmbevölkerung fand, dass der Vorschlag nicht überzeugend ist. Insbesondere in der aktuellen Situation der Inflation wäre eine Kürzung der BVG-Rente auch nicht verkräftbar, argumentierte die Nein-Seite. Das Nein zur BVG kam ziemlich geschlossen aus dem politisch linken Lager, aber auch annähernd zwei Drittel SVP- und Mitte-Sympathisierende stimmten gegen die Parole der eigenen Partei. Somit konnte sich bei beiden Vorlagen die Nein-Seite durchsetzen. Insgesamt wurde beiden Vorlagen nur durchschnittliche Bedeutung zugeschrieben. Die BVG-Reform wurde zusätzlich auch als komplex Vorlage wahrgenommen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'360 Stimmberechtigten der VOX-Analyse September 2024. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Initiative scheitert an geringem Problemdruck und wirtschaftlichen Bedenken Biodiversitätsinitiative

Die Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» forderte, dass der Schutz und die Förderung der Biodiversität in der Schweiz gestärkt werden, indem ausreichende Flächen für Natur- und Landschaftsschutz reserviert und erhalten werden. Die Vorlage wurde von einer Mehrheit von 63 Prozent der Stimmentenden abgelehnt. Die Entscheidung war stark von politischen Orientierungen und Orientierungen der Menschen in Umwelt- und Landwirtschaftsfragen geprägt. Wer Wohlstand stärker gewichtet als Umweltschutz und wer nachhaltigen Ertrag gegenüber ökologischer Ausrichtung der Landwirtschaft vorzieht, stimmte deutlich gegen die Initiative. Das so geprägte Stimmverhalten war auch eine Vertrauensfrage. Wer den Umweltverbänden vertraute, stimmte eher Ja, wer den Bauern vertraute, eher Nein. Wesentlich für das deutliche Nein war die überwiegende Ablehnung rechts der Mitte. Die Nein-Seite überzeugte bis ins politische Zentrum: die Mitte-Anhängerschaft lehnte die Initiative zu 78 Prozent ab, und nur die Hälfte der GLP-Anhängerschaft folgte der Ja-Parole der GLP-Delegierten.

Die spontan geäusserten Motive zeigen unterschiedliche Perspektiven der Präferenzen und Dringlichkeiten im Bereich der Biodiversität: Während Ja-Stimmende (mehr) Handlungsbedarf im Bereich der Lebensgrundlagen und konkret für den Klimaschutz als

notwendig und dringend betrachten, begründeten die Nein-Stimmenden ihre Entscheidung oft damit, dass die heutigen Massnahmen ausreichen und vor allem, dass die Initiative übertreibe. Viele Nein-Stimmende befürchteten negative Folgen für die Landwirtschaft. Bei der Beurteilung der Argumente fällt auf, dass die von der Initiative angesprochenen Anliegen wenig in Frage gestellt wurden: Umweltzerstörung wird selbst von der Gegnerschaft mehrheitlich als gravierendes Problem für nachfolgende Generationen angesehen, und annähernd die Hälfte der Gegnerschaft sah die Biodiversität als Mittel gegen den Klimawandel. Polarisiert war die Frage der Dringlichkeit von (noch) mehr Massnahmen: Sehr deutlich unterstützten die Nein-Stimmenden das Argument, wonach Bund und Kantone heute schon genügend für die Biodiversität unternehmen. Die Ja-Seite befürchtete dagegen Milliardenkosten, wenn nicht sofort mehr unternommen werde.

Die Ziele der Reform konnten nicht überzeugen

Reform der beruflichen Vorsorge

Die Reform der beruflichen Vorsorge umfasste Massnahmen, die eine langfristige Finanzierung zukünftiger Renten gewährleisten sollte und welche die Situation von Geringverdienenden in der beruflichen Vorsorge verbessern. Eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent des Stimmvolks stimmte dagegen. Beide Ziele, die langfristige Sicherstellung der Renten sowie die verbesserte Situation der Geringverdienenden, konnten nicht überzeugend dargestellt werden. So zeigt sich bei den Argumenten, dass fast alle für eine Besserstellung von Geringverdienenden sind, aber auch, dass wegen der aktuellen Teuerung die Senkung der BVG-Renten nicht verkraftbar sei. Auch Personen mit sehr hohem Vertrauen in den Bundesrat stimmten knapp mehrheitlich dagegen. Ausserdem polarisierte die Aussage am stärksten, dass mit der BVG-Reform mehr bezahlt werden müsste, und man dafür weniger erhalten würde. Die Ja-Parolen der SVP und der Mitte überzeugten auch die Anhängerschaft nicht: Die beiden Anhängerschaften stimmten nur zu je 35 Prozent für die Vorlage.

Auf der Pro-Seite gab es nur wenige Teile der Stimmbevölkerung, die mehrheitlich dafür waren: Das waren FDP-Sympathisierende und die Personen, welche den Pensionskassen oder Wirtschaftsverbänden vertrauen. Für sie war die BVG-Reform ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Solidarität für Personen mit tiefem Einkommen, für Frauen oder auch Teilzeiterwerbstätige. Ebenfalls fanden sie es notwendig, dass die finanzielle Grundlage von Pensionskassen sichergestellt war.

Durchschnittliche Beteiligung bei durchschnittlich wahrgenommener Wichtigkeit **Die Beteiligung**

Die Beteiligung am 22. September 2024 war mit rund 45 Prozent im langjährigen Vergleich durchschnittlich. Stimmende an den politischen Polen nahmen stärker an den Abstimmungen teil als Personen in der politischen Mitte. Die Vorlagen waren für die Stimmbevölkerung ähnlich wichtig: Die Reform der beruflichen Vorsorge wurde als leicht wichtiger als die Biodiversitätsinitiative wahrgenommen. Dafür war die Biodiversitätsinitiative leichter verständlich als die Reform der beruflichen Vorsorge.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 22. September 2024 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: Die Biodiversitätsinitiative und die Reform der beruflichen Vorsorge.

Über die Studie

Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Institute Member

gfs.bern 